



taz. die tageszeitung

AUSGABE BERLIN | NR. 11036 | 23. WOCHE | 38. JAHRGANG

MONTAG, 6. JUNI 2016 | WWW.TAZ.DE

€ 2,10 AUSLAND | € 1,60 DEUTSCHLAND

HEUTE IN DER TAZ



LITERATUR Beim Lesen von Yvonne Adhiambo Owuors Roman glaubt man Farben zu sehen, die Hitze zu spüren und den Sound von Nairobi zu hören ▶ SEITE 16

DESSAU Der Mord und der Sohn des Landespolizeichfs ▶ SEITE 6

THRILLER Jürgen Vogel spricht über starke Frauenrollen und Abstiegsängste ▶ SEITE 18

Fotos: (oben) ap, Anna Weise

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Wie wir aus dem Sonntagsgesprächrohr für AfD'ern (FAS) diesmal erfahren, hat Alexander SuperGAUland Angela Merkel als „Kanzler-Diktatorin“ bezeichnet. Das ist natürlich Senf. Richtig ist vielmehr – und das hat verboten aus sicherer Quelle erfahren – es gibt schon einen CDU-Geheimplan für die Gauck-Nachfolge: Angela Merkel soll es werden. Weil die Union die sonst ja nie mehr loswird? I wo! Angie weiß nur von den vielen Besuchen bei ihrem Kumpel Recep in Ankara, wie attraktiv so ein Präsidentenamt ist. Wir werden uns also noch wundern,

was alles möglich ist.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 15.938 GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 90 22 38 | 90 fax 030 | 251 06 94 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22 **redshop:** 030 | 25 90 21 38 **Redaktion:** 030 | 25 90 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz. die tageszeitung
 Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de
 twitter.com/tazgezwitscher
 facebook.com/taz.kommune

Gefahr von links

VERKEHRSUNFÄLLE Nichts ist gefährlicher für RadfahrerInnen, als von rechts abbiegenden Lkws übersehen zu werden. Steffi Lang hat so einen Unfall schwer verletzt überlebt. Sie fordert ein radikales Umdenken ▶ SEITE 3, 9, 22



Fährt dieser Laster geradeaus? Und wenn nicht: Sieht der Fahrer den Radler? Die Kreuzung am Checkpoint Charlie in Berlin-Kreuzberg, an der Steffi Lang überrollt wurde Foto: Karsten Thielker

Gauck will wohl nicht mehr

BUNDESPRÄSIDENT Nachfolgedebatte läuft bei Union und SPD auf vollen Touren

BERLIN *dpa/taz* | Bundespräsident Joachim Gauck hat sich offenbar entschieden, nicht für eine zweite Amtszeit zu kandidieren. Das berichtet die *Bild*-Zeitung unter Berufung auf „politische Kreise“. Demnach will der 76-Jährige am Montagabend im Amtssitz Schloss Bellevue Kanzlerin Angela Merkel (CDU) seine Beweggründe erläutern. Am Dienstag wolle er die Entscheidung der Öffentlichkeit bekannt geben. Gaucks Amts-

zeit endet im Frühjahr 2017. Durch die Meldung ist übers Wochenende eine Diskussion über seine Nachfolge ins Rollen gekommen, die die ohnehin massive Unruhe in der Großen Koalition verstärkt. Angesichts der Bundestagswahl im Herbst 2017 zeichnet sich eine komplizierte Kandidatensuche für die Kür des Staatsoberhauptes im Februar ab. Eine gemeinsame Lösung von Union und SPD ist nicht in

Sicht – trotz ernst zu nehmender Vorschläge wie Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD). Die Union will nach *Spiegel*-Informationen einen eigenen Kandidaten nominieren. Aus SPD und Linken kommen Forderungen, angesichts der aussichtsreichen Verhältnisse in der Bundesversammlung einen rot-grünen Gegenkandidaten aufzustellen. ▶ Inland SEITE 7

Schweiz sagt Nein

VOLKSSENTSCHEID Mehrheit gegen Grundeinkommen

BASEL *dpa* | Bei der weltweit ersten Volksabstimmung über ein bedingungsloses staatliches Grundeinkommen für jedermann hat sich in der Schweiz eine klare Mehrheit dagegen entschieden. Laut Hochrechnung votierten 78 Prozent der Teilnehmer dagegen, und 22 Prozent sagten Ja. Die Initiatoren des Referendums sprachen dennoch von einem „sensationellen Erfolg“: 22 Prozent Zustimmung, das sei

„deutlich mehr, als wir erwartet hatten“, sagte Daniel Häni, der Sprecher der Volksinitiative. „Das bedeutet, die Debatte geht weiter, auch international.“ So werde bereits am Dienstag in Berlin von der deutschen Initiative „Mein Grundeinkommen“ per Los eine Zahlung von 1.000 Euro für 12 Monate an einen der zahlreichen Bewerber vergeben. ▶ Der Tag SEITE 2 ▶ Meinung + Diskussion SEITE 12

KOMMENTAR VON KLAUS HILLENBRAND ÜBER DIE DEBATTE ZUR NACHFOLGE VON JOACHIM GAUCK

Koalitions-Arithmetik-Kandidaten-Kür

Bundespräsident Joachim Gauck hat noch kein Sterbenswörtchen zu der Frage geäußert, ob er eine zweite Amtszeit anstrebt, da hyperventiliert die Politik schon über einen möglichen Nachfolger. Dabei stehen die Wahl und, noch wichtiger, das vorhergehende Procedere der Auswahl der Kandidaten in einem umgekehrten Verhältnis zur Bedeutung des Gewählten. Wer auch immer ab 2017 mit dem Autokennzeichen 0-1 herumkutschiert wird, sie oder er hat nahezu ausschließlich repräsentative Aufgaben.

Das Procedere dagegen verspricht eine ausgesprochen unterhaltsame und zugleich zähe Angelegenheit zu werden.

Seit Gustav Heinemanns Wahl im Jahr 1969 durch die Stimmen von SPD und FDP gilt die Entscheidung über das formal höchste Amt im Staat als Weichenstellung für künftige Koalitionen. Zugleich müssen die Parteien kurz vor einer Bundestagswahl peinlich genau darauf achten, bei der Auswahl ihrer Kandidaten das jeweils eigene Profil zu verkaufen. Dieser Widerspruch zwischen Bündnispolitik und Eigenwerbung lässt sich nicht so leicht auflösen, zumal die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung nicht eindeutig sind.

Diese Inszenierung hat begonnen. Die Linke verlangt ein rot-rot-grünes Bündnis für einen gemeinsamen Kandidaten,

wohl wissend, dass sie dabei nur gewinnen kann. Einigte man sich auf eine Frau oder einen Mann, dann würde auch das totgesagte politische Bündnis wiederbelebt. Geht die Sache schief, dann kann man der SPD bittere Vorwürfe machen. Die CDU bringt Bundestagspräsident Norbert Lammert in Stellung, der den Vorteil hätte, als liberalere Stimme auch von Sozialdemokraten wählbar zu sein.

Die Wahl des Präsidenten sagt auch etwas über kommende Koalitionen

Die SPD macht ausnahmsweise einmal das Vernünftigste und sagt gar nichts, abwartend, mit welchen Optionen die anderen Parteien daherkommen. Die Grünen halten sich in dem Wissen bedeckt, dass sie zusammen mit der Union eine Mehrheit bei der Wahl hätten und dies zugleich der Vorlauf für eine schwarz-grüne Koalition sein könnte – was aber auch viele potenzielle Wähler verschrecken würde.

So stehen uns noch viele Kandidatenkür-Wendungen bevor. Und hoffentlich wird sich dabei bald eine Erkenntnis durchsetzen: Frauen könnten nach elf männlichen Präsidenten mehr als nur gescheiterte Kandidatinnen sein.

